

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

- * Verordnung (EG) Nr. 245/96 des Rates vom 29. Januar 1996 zur Verlängerung der Geltungsdauer des vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Fahrrädern mit Ursprung in Indonesien, Malaysia und Thailand** 1
- Verordnung (EG) Nr. 246/96 der Kommission vom 9. Februar 1996 über den Verkauf von Weinalkohol im Wege einer einfachen Ausschreibung 2
- Verordnung (EG) Nr. 247/96 der Kommission vom 9. Februar 1996 über die Lieferung von Weißzucker im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe 6
- Verordnung (EG) Nr. 248/96 der Kommission vom 9. Februar 1996 betreffend die Erteilung von Einfuhrlizenzen für frisches, gekühltes oder gefrorenes hochwertiges Rindfleisch 14
- Verordnung (EG) Nr. 249/96 der Kommission vom 9. Februar 1996 mit Sondermaßnahmen zur Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2722/95 im Sektor Schweinefleisch 15
- Verordnung (EG) Nr. 250/96 der Kommission vom 9. Februar 1996 zur Ablehnung von Anträgen auf Erteilung von Lizenzen für die Ausfuhr von Erzeugnissen des KN-Codes 1003 00 90 16
- * Verordnung (EG) Nr. 251/96 der Kommission vom 9. Februar 1996 zur vorläufigen Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 1445/95 mit Durchführungsvorschriften für Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen für Rindfleisch** 17
- Verordnung (EG) Nr. 252/96 der Kommission vom 9. Februar 1996 zur vorläufigen Änderung der Ausfuhrerstattungen im Rindfleischsektor 18
- Verordnung (EG) Nr. 253/96 der Kommission vom 9. Februar 1996 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise 22

Verordnung (EG) Nr. 254/96 der Kommission vom 9. Februar 1996 zur Änderung der im Zuckersektor für bestimmte Erzeugnisse geltenden repräsentativen Preise und zusätzlichen Einfuhrzölle	24
Verordnung (EG) Nr. 255/96 der Kommission vom 9. Februar 1996 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand	26

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Rat

96/138/EGKS :

- * **Beschluß der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 29. Januar 1996 über bestimmte Maßnahmen, die im Warenverkehr mit bestimmten, unter den EGKS-Vertrag fallenden Stahlerzeugnissen auf Kasachstan anzuwenden sind** 28

Kommission

96/139/EG :

- * **Entscheidung der Kommission vom 24. Januar 1996 über die Änderung der Liste der Normungsgremien in den Mitgliedstaaten im Anhang II der Richtlinie 83/189/EWG des Rates** 31

96/140/EG :

- * **Entscheidung der Kommission vom 30. Januar 1996 zur vierten Änderung der Entscheidung 95/32/EG zur Genehmigung des österreichischen Programms für die Durchführung des Artikels 138 der Akte über die Bedingungen für den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden** 33

96/141/EG :

- * **Entscheidung der Kommission vom 31. Januar 1996 zur Änderung der Entscheidung 95/296/EG über Schutzmaßnahmen gegen die Klassische Schweinepest in Deutschland und zur Aufhebung der Entscheidung 94/462/EG ⁽¹⁾** 36

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EG) Nr. 245/96 DES RATES

vom 29. Januar 1996

zur Verlängerung der Geltungsdauer des vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Fahrrädern mit Ursprung in Indonesien, Malaysia und Thailand

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3283/94 des Rates vom 22. Dezember 1994 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 23,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 des Rates vom 11. Juli 1988 über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 11,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EG) Nr. 2414/95 der Kommission⁽³⁾ wurde ein vorläufiger Antidumpingzoll auf die Einfuhren von Fahrrädern mit Ursprung in Indonesien, Malaysia und Thailand eingeführt.

Die Sachaufklärung ist noch nicht abgeschlossen, und die Kommission hat die bekanntermaßen betroffenen

Ausführer von ihrer Absicht in Kenntnis gesetzt, eine Verlängerung der Geltungsdauer des vorläufigen Zolls um zwei Monate vorzuschlagen.

Die Ausführer erhoben dagegen keine Einwände —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Geltungsdauer des vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Fahrrädern mit Ursprung in Indonesien, Malaysia und Thailand, der mit der Verordnung (EG) Nr. 2414/95 eingeführt wurde, wird um zwei Monate bis zum 14. April 1996 verlängert. Sie endet jedoch, wenn der Rat vor Ablauf dieses Zeitraums endgültige Maßnahmen erläßt oder das Verfahren gemäß Artikel 9 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 eingestellt wird.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 29. Januar 1996.

Im Namen des Rates

Der Präsident

S. AGNELLI

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1251/95 (AbI. Nr. L 122 vom 2. 6. 1995, S. 1).

⁽²⁾ ABl. Nr. L 209 vom 2. 8. 1988, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 522/94 (AbI. Nr. L 66 vom 10. 3. 1994, S. 10).

⁽³⁾ ABl. Nr. L 248 vom 14. 10. 1995, S. 12.

VERORDNUNG (EG) Nr. 246/96 DER KOMMISSION

vom 9. Februar 1996

über den Verkauf von Weinalkohol im Wege einer einfachen Ausschreibung

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates
vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Wein ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EG) Nr. 1544/95 ⁽²⁾,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3877/88 des Rates
vom 12. Dezember 1988 mit Grundregeln für den Absatz
von Alkohol der Destillation nach den Artikeln 35, 36
und 39 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 aus Beständen
der Interventionsstellen ⁽³⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 377/93 der Kom-
mission ⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr.
3152/94 ⁽⁵⁾, wurden die Durchführungsbestimmungen für
den Absatz von Alkohol aus der Destillation nach den
Artikeln 35, 36 und 39 der Verordnung (EWG) Nr.
822/87 aus Beständen der Interventionsstellen festgelegt.Angesichts der hohen Lagerkosten für Alkohol empfiehlt
es sich, den gesamten bei der deutschen Interventions-
stelle eingelagerten Gemeinschaftsalkohol im Wege einer
einfachen Ausschreibung abzusetzen.Dieser Weinalkohol sollte in seiner Gesamtheit auf
Märkten abgesetzt werden, die gewisse Garantien dafür
bieten, daß die traditionellen Alkoholmärkte nicht gestört
werden, d. h. der Alkohol muß für die Kraftstoffgewin-
nung innerhalb oder außerhalb der Gemeinschaft, für
eine neue industrielle Verwendung in der Gemeinschaft
oder zur Verarbeitung von Ausfuhrwaren im Rahmen des
aktiven Veredelungsverkehrs unter den Bedingungen des
Artikels 2 der Verordnung (EWG) Nr. 377/93 verkauft
werden.Die Höhe der Sicherheit für die ordnungsgemäße Durch-
führung muß unter Berücksichtigung der Bestimmung
und der vorgesehenen Endverwendung dieser Alkohole
und der im Rahmen dieser Ausschreibung verkauften
Alkoholmenge festgesetzt werden.Die Verordnung (EWG) Nr. 2192/93 der Kommission ⁽⁶⁾
über bestimmte maßgebliche Tatbestände für die im
Weinsektor verwendeten landwirtschaftlichen Umrech-nungskurse und zur Änderung der Verordnung (EWG)
Nr. 377/93 enthält die landwirtschaftlichen Umrech-
nungskurse, die zur Umrechnung der Zahlungen und
Sicherheiten im Rahmen der einfachen Ausschreibungen
in Landeswährung anzuwenden sind.Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Wein —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Es wird eine einfache Ausschreibung unter der Nr.
193/95/EG durchgeführt, um insgesamt 24 699 hl
Alkohol von 100 % vol abzusetzen, der aus der Destilla-
tion gemäß Artikel 39 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87
stammt und sich im Besitz der deutschen Interventions-
stelle befindet.*Artikel 2*Der zum Verkauf angebotene Alkohol ist ausschließlich
bestimmt für

- eine neue industrielle Verwendung in der Gemein-
schaft,
- die Verarbeitung zu Waren, die zu industriellen
Zwecken im Rahmen des aktiven Veredelungsver-
kehrs nach den Bedingungen des Artikels 2 der
Verordnung (EWG) Nr. 377/93 ausgeführt werden,
- den Kraftstoffsektor in der Gemeinschaft oder
- den Kraftstoffsektor in Drittländern nach Einfuhr und
Dehydrierung des Alkohols in einem der in der
Verordnung (EG) Nr. 2203/95 der Kommission ⁽⁷⁾
genannten Länder der Karibik oder Mittelamerikas.

*Artikel 3*Der Lagerort und die Nummern der betreffenden Behäl-
tnisse, die in jedem Behältnis enthaltene Alkoholmenge,
der Alkoholgehalt, die Merkmale des Alkohols sowie
bestimmte Besonderheiten sind im Anhang dieser
Verordnung anzugeben.*Artikel 4*Der Verkauf erfolgt gemäß den Artikeln 13 bis 18 sowie
den Artikeln 30 bis 38 der Verordnung (EWG) Nr.
377/93.⁽¹⁾ ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 31.⁽³⁾ ABl. Nr. L 346 vom 15. 12. 1988, S. 7.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 43 vom 20. 2. 1993, S. 6.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 332 vom 22. 12. 1994, S. 34.⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 196 vom 5. 8. 1993, S. 19.⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 221 vom 19. 9. 1995, S. 22.

Artikel 5

(1) Die Teilnahmesicherheit gemäß Artikel 15 der Verordnung (EWG) Nr. 377/93 beträgt 3,622 ECU je hl Alkohol von 100 % vol und ist im Rahmen der Ausschreibung gemäß Artikel 1 dieser Verordnung für die gesamte zum Verkauf angebotene Menge zu leisten.

Die Aufrechterhaltung des Angebots nach Ablauf der Frist für die Einreichung der Angebote und die Leistung der Sicherheit für die ordnungsgemäße Durchführung sind für die Teilnahmesicherheit die Hauptpflichten im Sinne von Artikel 20 der Verordnung (EWG) Nr. 2220/85 der Kommission⁽¹⁾.

Die Teilnahmesicherheit wird unverzüglich freigegeben, wenn das Angebot nicht angenommen wird oder wenn der Zuschlagsempfänger die Bedingungen gemäß dem vorstehenden Unterabsatz erfüllt hat.

(2) Die Sicherheit für die ordnungsgemäße Durchführung beträgt 30,19 ECU je hl Alkohol von 100 % vol, wenn die Endverwendung im Kraftstoffsektor erfolgt, und 36,23 ECU je hl Alkohol von 100 % vol, wenn der Alkohol einer der im ersten und zweiten Gedankenstrich von Artikel 2 dieser Verordnung vorgesehenen Endverwendungen zugeführt wird.

(3) Abweichend von Artikel 17 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 377/93 erbringt der Zuschlagsempfänger den Nachweis, daß er die Sicherheit für die ordnungsgemäße Durchführung geleistet hat, spätestens am Tag der Ausstellung des Übernahmescheins für die betreffende Alkoholmenge.

Artikel 6

Abweichend von Artikel 18 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 377/93 muß die Übernahme des Alkohols aus den Lagern innerhalb von vier Monaten nach Empfang der Kommissionsentscheidung über den Zuschlag der in Artikel 1 dieser Verordnung genannten Alkoholmenge erfolgen.

Artikel 7

Muß der im Rahmen der in Absatz 1 genannten Ausschreibung zugeschlagene Alkohol ausgeführt werden, so muß die Ausfuhr bis spätestens 30. Juni 1996 abgeschlossen sein.

Artikel 8

Das Angebot ist nur gültig, wenn es einen Hinweis auf den genauen Verwendungszweck dieses Alkohols enthält sowie

— im Fall des Artikels 2 erster Gedankenstrich die Angabe des Orts der Endverwendung sowie die Verpflichtung des Bieters, den zugeschlagenen

Alkohol innerhalb von zwei Jahren vom Datum der ersten Übernahme an zu verwenden,

- im Fall des Artikels 2 zweiter Gedankenstrich die Angabe der Art der Verarbeitung und der Ausführware,
- im Fall des Artikels 2 dritter Gedankenstrich die Angabe der geographischen Bestimmung und der genauen Verwendung dieses Alkoholkraftstoffs sowie die Verpflichtung des Bieters, diesen Kraftstoff innerhalb von zwei Jahren ab dem Datum der ersten Übernahme zu verwenden,
- im Fall des Artikels 2 vierter Gedankenstrich die Angabe des Bestimmungslandes sowie die Verpflichtung des Bieters, diese Bestimmung einzuhalten und den zugeschlagenen Alkohol ausschließlich im Kraftstoffsektor zu verwenden. In diesem Fall muß das Angebot auch den Nachweis enthalten, daß der Bieter zwingende Verpflichtungen mit einem Wirtschaftsteilnehmer des Kraftstoffsektors in einem der in der Verordnung (EG) Nr. 2203/95 genannten Drittländer eingegangen ist, sowie die Verpflichtung dieses Wirtschaftsteilnehmers, die zugeschlagenen Alkoholmengen in einem dieser Länder zu dehydrieren und sie im Hinblick auf ihre ausschließliche Verwendung im Kraftstoffsektor auszuführen.

Artikel 9

(1) Interessenten können bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Adickesallee 40, D-60322 Frankfurt am Main, Telefon (49 69) 156 44 79, Telefax (49 69) 156 44 44, gegen Zahlung von 2,415 ECU je Liter oder, unter Verwendung des Umrechnungskurses gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2192/93, des Gegenwerts dieser Summe in DM Proben des zum Verkauf angebotenen Alkohols von einem Vertreter der BLE erhalten.

Die je Interessent und je Behältnis gelieferte Menge darf 5 Liter nicht überschreiten.

(2) Die BLE erteilt alle zweckdienlichen Auskünfte über die Merkmale des zum Verkauf angebotenen Alkohols.

Artikel 10

(1) Die Kontrollverfahren über die Bestimmung und Verwendung sind die des Artikels 37 der Verordnung (EWG) Nr. 377/93.

(2) Wird der zum Verkauf angebotene Alkohol im Hinblick auf seine Endverwendung im Kraftstoffsektor in ein Drittland ausgeführt, so werden die Nachweise über die Bestimmung und Verwendung des Alkohols der betreffenden Interventionsstelle durch eine internationale Überwachungsgesellschaft erbracht. Die anfallenden Kosten gehen zu Lasten des Zuschlagsempfängers.

Artikel 11

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

(¹) ABl. Nr. L 205 vom 3. 8. 1985, S. 5.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. Februar 1996

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

ANHANG

EINFACHE AUSSCHREIBUNG Nr. 193/95 EG

I. Lagerort, Menge und Merkmale des zum Verkauf ausgeschriebenen Alkohols

Mitgliedstaat	Lagerort	Nummer des Behältnisses	Alkoholmenge (in hl von 100 % vol)	Verordnung (EWG) Nr. 822/87	Alkoholart	Alkoholgehalt (in % vol)
DEUTSCHLAND	D-63263 Neu-Isenburg Schlüssenerstr. 6		19 770	39	Rohalkohol	
	D-37603 Holzminden Rumohrstr. 29		4 929	39	Rohalkohol	
	Insgesamt		24 699			

II. Aufmachung der Angebote

1. Die Angebote sind für eine Menge von 24 699 hl, ausgedrückt in hl Alkohol von 100 % vol, zu unterbreiten.
Angebote, die sich auf eine geringere Menge beziehen, werden nicht berücksichtigt.
2. Die Angaben müssen
 - entweder durch Einschreiben an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Rue de la Loi/Wetstraat 200, B-1049 Bruxelles/Brussel, gesendet
 - oder zwischen 11.00 und 12.00 Uhr des unter Punkt 4 genannten Tages an der Rezeption des Gebäudes „Loi 130“ der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Rue de la Loi/Wetstraat 130, B-1049 Bruxelles/Brussel, hinterlegt werden.
3. Die Angebote sind in versiegeltem Umschlag mit der Aufschrift „Angebot für die einfache Ausschreibung Nr. 193/95 EG-Alkohol, GD VI/E/2 — erst während der Sitzung der Gruppe zu öffnen“ einzureichen. Der versiegelte Umschlag ist in einen an die Kommission adressierten Umschlag einzulegen.
4. Die Angebote müssen bis spätestens 27. Februar 1996 um 12.00 Uhr (Brüsseler Zeit) bei der Kommission eingegangen sein.
5. Jedes Angebot muß außer dem Namen und der Anschrift des Bieters folgende Angaben enthalten :
 - a) den Bezug auf die einfache Ausschreibung Nr. 193/95 EG ;
 - b) den Angebotspreis in Ecu je Hektoliter Alkohol von 100 % vol ;
 - c) alle in Artikel 31 der Verordnung (EWG) Nr. 377/93 und in Artikel 8 dieser Verordnung vorgesehenen Verpflichtungen und Erklärungen.
6. Jedem Angebot ist der von der nachstehenden Interventionsstelle bescheinigte Nachweis über die Leistung einer Teilnahmesicherheit beizufügen :
 - Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Adickesallee 40, D-60322 Frankfurt am Main, Telefon (49 69) 156 44 79, Telefax (49 69) 156 44 44.
 Diese Sicherheit entspricht 3,622 Ecu je Hektoliter Alkohol von 100 % vol.

VERORDNUNG (EG) Nr. 247/96 DER KOMMISSION
vom 9. Februar 1996
über die Lieferung von Weißzucker im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates
vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfe-
politik und -verwaltung⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 1930/90⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c),

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 1420/87 des Rates vom
21. Mai 1987 zur Festlegung von Durchführungsbestim-
mungen zu der Verordnung (EWG) Nr. 3972/86⁽³⁾ wurde
die Liste der für die Nahrungsmittelhilfe in Betracht
kommenden Länder und Organisationen und der für die
Beförderung der Nahrungsmittellieferung über die fob-
Stufe hinaus geltenden allgemeinen Kriterien festgelegt.

Die Kommission hat infolge mehrerer Beschlüsse über
die Nahrungsmittelhilfe bestimmten Begünstigten 1 876
Tonnen Weißzucker zugeteilt.

Diese Bereitstellungen erfolgen nach der Verordnung
(EWG) Nr. 2200/87 der Kommission vom 8. Juli 1987
über allgemeine Durchführungsbestimmungen für die
Bereitstellung und Lieferung von Waren im Rahmen der
Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft⁽⁴⁾, geändert durch

die Verordnung (EWG) Nr. 790/91⁽⁵⁾. Zu diesem Zweck
sollten insbesondere die Lieferfristen und -bedingungen
sowie das Verfahren zur Bestimmung der sich daraus
ergebenden Kosten genauer festgelegt werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft
wird Weißzucker bereitgestellt zur Lieferung an die in
den Anhängen aufgeführten Begünstigten gemäß der
Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 zu den in den Anhängen
aufgeführten Bedingungen. Die Zuteilung der Liefe-
rungen erfolgt im Wege der Ausschreibung.

Es wird davon ausgegangen, daß der Zuschlagsempfänger
die geltenden allgemeinen und besonderen Geschäftsbe-
dingungen kennt und akzeptiert. Andere in seinem
Angebot enthaltene Bedingungen oder Vorbehalte gelten
als nicht geschrieben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffent-
lichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*
in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. Februar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 136 vom 26. 5. 1987, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 204 vom 25. 7. 1987, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 81 vom 28. 3. 1991, S. 108.

ANHANG I

PARTIE A

1. **Maßnahme Nr. (1)**: Siehe Anhang II
2. **Programm**: 1995
3. **Begünstigter (2)**: Euronaid, Postbus 12, NL-2501 CA Den Haag, Niederlande, Tel. (31-70) 330 57 57, Telefax (31-70) 364 17 01, Telex 30960 EURON NL
4. **Vertreter des Begünstigten (13)**: Wird vom Begünstigten benannt
5. **Bestimmungsort oder -land**: Siehe Anhang II
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis**: Weißzucker
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3) (7) (8)**: Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (unter V A 1)
8. **Gesamtmenge**: 90 Tonnen
9. **Anzahl der Partien**: 1 (Siehe Anhang II)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (6) (9) (11)**: Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (V A 2 und V A 3)
Kennzeichnung in folgender Sprache: Siehe Anhang II
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses**: In der Gemeinschaft erzeugter Zucker gemäß Artikel 24 Absatz 1a sechster Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates (ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4
A- oder B-Zucker (Buchstaben a) und b))
12. **Lieferstufe**: frei Verschiffungshafen
13. **Verschiffungshafen**: —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen**: —
15. **Löschhafen**: —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens**: —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen**: 18. 3. — 7. 4. 1996
18. **Lieferfrist**: —
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten**: Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe**: 26. 2. 1996, 12 Uhr (Brüsseler Zeit)
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung**:
 - a) Frist für die Angebotsabgabe: 11. 3. 1996, 12 Uhr (Brüsseler Zeit)
 - b) Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen: 1. — 21. 4. 1996
 - c) Lieferfrist: —
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie**: 15 ECU/t
23. **Höhe der Lieferungsgarantie**: 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie (1)**:
Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur T. Vestergaard, bâtiment Loi 130, bureau 7/46, 200, rue de la Loi/Wetstraat, B-1049 Bruxelles/Brussel; Achtung! Neue Nummern! Telex 25670 AGREC B; Telefax (32-2) 296 70 03 / 296 70 04
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (4)**:
Periodische Erstattung anwendbar für Weißzucker, gültig am 29. 1. 1996 und festgesetzt durch die Verordnung (EG) Nr. 103/96 der Kommission (ABl. Nr. L 19 vom 25. 1. 1996, S. 2)

PARTIEN B und C

1. **Maßnahme Nr. (¹):** Siehe Anhang II
2. **Programm :** 1995
3. **Begünstigter (²):** World Food Programme (WFP), Via Cristoforo Colombo 426, I-00145 Roma ; Tel. : (39-6) 57 971 ; Telex : 626675 WFP I
4. **Vertreter des Begünstigten :** Wird vom Begünstigten benannt
5. **Bestimmungsort oder -land :** Siehe Anhang II
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis :** Weißzucker
7. **Merkmale und Qualität der Ware (³)(⁴)(⁵):** Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (V A 1)
8. **Gesamtmenge :** 1 350 Tonnen
9. **Anzahl der Partien :** 2 (Siehe Anhang II)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (⁶)(⁷):** Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (V A 2 und V A 3); Partie B : in 20-Fuß-Containern ; Partie C : in Säcken
Kennzeichnung in folgender Sprache : Siehe Anhang II
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses :** In der Gemeinschaft erzeugter Zucker gemäß Artikel 24 Absatz 1a sechster Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81
A- oder B-Zucker (Buchstaben a) und b))
12. **Lieferstufe :** frei Verschiffungshafen
13. **Verschiffungshafen :** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen :** —
15. **Löschhafen :** —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens :** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen :** 25. 3. — 14. 4. 1996
18. **Lieferfrist :** —
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten :** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe :** 26. 2. 1996, 12 Uhr (Brüsseler Zeit)
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung :**
 - a) Frist für die Angebotsabgabe : 11. 3. 1996, 12 Uhr (Brüsseler Zeit)
 - b) Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen : 8. — 28. 4. 1996
 - c) Lieferfrist : —
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie :** 15 ECU/t
23. **Höhe der Lieferungsgarantie :** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie (¹):**
Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur T. Vestergaard, bâtiment Loi 130, bureau 7/46, 200, rue de la Loi/Wetstraat, B-1049 Bruxelles/Brussel ; Achtung ! Neue Nummern ! Telex : 25670 AGREC B ; Telefax : (32-2) 296 70 03 / 296 70 04
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (⁸):**
Periodische Erstattung anwendbar für Weißzucker, gültig am 29. 1. 1996 und festgesetzt durch die Verordnung (EG) Nr. 103/96 der Kommission (ABl. Nr. L 19 vom 25. 1. 1996, S. 2)

PARTIEN D und E

1. **Maßnahme Nr. (¹):** 408/95 (Partie D); 409/95 (Partie E)
2. **Programm:** 1995
3. **Begünstigter (²):** UNRWA, Supply division, Amman Office, PO Box 140157, Amman, Jordan (Telex : 21170 UNRWA JC ; Telefax : (962-6) 86 41 27)
4. **Vertreter des Begünstigten:**
 - Partie D : Amman : UNRWA Field Supply and Transport Officer, PO Box 484, Amman, Jordan
Tel. : (962-6) 74 19 14 — 77 22 26 ; Telex : 23402 UNRWA JFO JO ; Telefax : (962-6) 74 63 61
 - Partie E : Ashdod : GAZA, c/o Field Supply and Transport officer, West Bank — West Bank, PO
Box 19149, Jerusalem Tel. : (972-2) 89 05 55 ; Telex : 26194 UNRWA IL ; Telefax : (972-2) 81 65 64
5. **Bestimmungsort oder -land (³):** Partie D : Jordanien ; Partie E : Israel
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis:** Weißzucker
7. **Merkmale und Qualität der Ware (³) (⁴) (⁵):** Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (VA 1)
8. **Gesamtmenge:** 236 Tonnen
9. **Anzahl der Partien:** 2 (Partie D : 106 Tonnen ; Partie E : 130 Tonnen)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (⁶) (⁷) (¹²):**
 - Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (VA2 und VA3)
 - Eintragung in englischer Sprache.
 - Ergänzende Aufschrift : „NOT FOR SALE“
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** In der Gemeinschaft erzeugter Zucker gemäß Artikel 24 Absatz 1a sechster Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81
A- oder B-Zucker (Buchstaben a) und b))
12. **Lieferstufe:**
 - Partie D : frei Bestimmungsort
 - Partie E : frei Löschhafen — gelöscht
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** Partie E : Ashdod
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** UNRWA warehouse in Amman
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für die Lieferung frei Verschiffungshafen:** 18. — 31. 3. 1996
18. **Lieferfrist:** Partie D : 28. 4. 1996 ; Partie E : 21. 4. 1996
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten:** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe:** 26. 2. 1996 ; 12 Uhr (Brüsseler Zeit)
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung:**
 - a) Frist für die Angebotsabgabe : 11. 3. 1996 ; 12 Uhr (Brüsseler Zeit)
 - b) Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für die Lieferung frei Verschiffungshafen : 1. — 14. 4. 1996
 - c) Lieferfrist : Partie D : 12. 5. 1996 ; Partie E : 5. 5. 1996
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 15 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie (¹):** Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur T. Vestergaard, Bâtiment Loi 130, bureau 7/46, rue de la Loi/Wetstraat 200, B-1049 Bruxelles/Brussel ; Achtung ! Neue Nummern ! Telex : 25670 AGREC B ; Telefax : (32-2) 296 70 03 / 296 70 04
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (¹):**
 - Periodische Erstattung anwendbar für Weißzucker, gültig am 29. 1. 1996 und festgesetzt durch die Verordnung (EG) Nr. 103/96 der Kommission (ABl. Nr. L 19 vom 25. 1. 1996, S. 2)

PARTIE F

1. **Maßnahme Nr. (¹):** 459/95
2. **Programm :** 1995
3. **Begünstigter (²):** CICR, 19 avenue de la Paix, CH-1202 Genève (Tel. : (41-22) 734 60 01 ; Telex : 22269 CICR CH)
4. **Vertreter des Begünstigten :** ICRC Tbilisi, Dutu Megreli Road 1, 380003 Tbilisi (Tel. : (78 832) 93 55 11 ; Telefax : (78832) 935520)
5. **Bestimmungsort oder -land (³):** Georgien
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis :** Weißzucker
7. **Merkmale und Qualität der Ware (⁴)(⁷)(⁸):** Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (V A 1)
8. **Gesamtmenge :** 200 Tonnen
9. **Anzahl der Partien :** 1
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (⁶)(⁹)(¹⁰):**
Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (V A 2 und V A 3)
Eintragung in englischer Sprache
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses :** In der Gemeinschaft erzeugter Zucker gemäß Artikel 24 Absatz 1a sechster Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81
A- oder B-Zucker (Buchstaben a) und b))
12. **Lieferstufe :** frei Bestimmungsort
13. **Verschiffungshafen :** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen :** —
15. **Löschhafen :** —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens :** Siehe Punkt 4
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für die Lieferung frei Verschiffungshafen :** 18. — 31. 3. 1996
18. **Lieferfrist :** 28. 4. 1996
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten :** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe :** 26. 2. 1996, 12 Uhr (Brüsseler Zeit)
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung :**
 - a) **Frist für die Angebotsabgabe :** 11. 3. 1996, 12 Uhr (Brüsseler Zeit)
 - b) **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für die Lieferung frei Verschiffungshafen :** 1. — 14. 4. 1996
 - c) **Lieferfrist :** 12. 5. 1996
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie :** 15 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie :** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie (¹):** Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur T. Vestergaard, Bâtiment Loi 130, bureau 7/46, Rue de la Loi/Wetstraat 200, B-1049 Bruxelles/Brussel ; Achtung ! Neue Nummern ! Telex : 25670 AGREC B ; Telefax : (32-2) 296 70 03 / 296 70 04
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (¹):**
Periodische Erstattung anwendbar für Weißzucker, gültig am 29. 1. 1996 und festgesetzt durch die Verordnung (EG) Nr. 103/96 der Kommission (ABl. Nr. L 19 vom 25. 1. 1996, S. 2)

Vermerke :

- (1) Die Nummer der Maßnahme ist im gesamten Schriftverkehr anzugeben.
- (2) Der Zuschlagsempfänger tritt mit dem Begünstigten baldmöglichst zur Bestimmung der erforderlichen Versandbescheinigungen in Verbindung.
- (3) Der Zuschlagsempfänger übergibt dem Begünstigten eine von einer amtlichen Stelle stammende Bescheinigung, aus der hervorgeht, daß die in dem betreffenden Mitgliedstaat geltenden Normen betreffend die Kernstrahlung für die zu liefernde Ware nicht überschritten worden sind. In der Bescheinigung über die radioaktive Belastung ist der Gehalt an Cäsium 134 und 137 und an Jod 131 anzugeben.
- (4) Die Verordnung (EWG) Nr. 2330/87 der Kommission (ABl. Nr. L 210 vom 1. 8. 1987, S. 56), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2226/89 (ABl. Nr. L 214 vom 25. 7. 1989, S. 10), ist anwendbar, was die Ausfuhrerstattung anbelangt. Der in Artikel 2 der gleichen Verordnung aufgeführte Tag ist derjenige, welcher in Ziffer 25 dieses Anhangs angegeben ist.

Die Erstattung wird mit dem landwirtschaftlichen Umrechnungskurs des Tages in Landeswährung umgerechnet, an dem die Ausfuhrzollförmlichkeiten erfüllt werden. Die Artikel 13 bis 17 der Verordnung (EWG) Nr. 1068/93 der Kommission (ABl. Nr. L 108 vom 1. 5. 1993, S. 106), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2853/95 (ABl. Nr. L 299 vom 12. 12. 1995, S. 1), werden auf diese Erstattung nicht angewandt.

- (5) Vom Zuschlagsempfänger zu kontaktierende Vertretung der Kommission : ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 33.
- (6) Im Hinblick auf eine eventuelle Umfüllung muß der Zuschlagsempfänger 2 % leere Säcke derselben Qualität wie die die Ware enthaltenden Säcke liefern. Diese Säcke müssen außer der Aufschrift auch ein großes „R“ tragen.
- (7) Die Kategorie des Zuckers wird maßgeblich unter Zugrundelegung der Regelung gemäß Artikel 18 Absatz 2 Buchstabe a) zweiter Gedankenstrich der Verordnung (EWG) Nr. 2103/77 (ABl. Nr. L 246 vom 27. 9. 1977, S. 12) festgestellt.
- (8) Der Zuschlagsempfänger überreicht dem Empfänger oder seinem Vertreter bei der Lieferung folgendes Dokument :

— Gesundheitliches Zeugnis.

- (9) Die Aufschrift erhält, abweichend von ABl. Nr. C 114, Punkt V A 3 c), folgende Fassung : „Europäische Gemeinschaft“.
- (10) Die Säcke sind, maximal 40, auf Holzpaletten (aus Kiefer, Fichte oder Pappel) zu stapeln ; diese dürfen höchstens 1 200 mm × 1 400 mm groß und müssen wie folgt beschaffen sein :

— nicht umkehrbare Vierwegpalette mit Rücksprung ;

— Oberboden : mindestens 7 Bretter, 100 mm breit × 22 mm dick ;

— Unterboden : 3 Bretter, 100 mm breit × 22 mm dick ;

— 3 Querträger, 100 mm breit × 22 mm dick ;

— 9 Klötze von mindestens 100 × 100 × 78 mm.

Auf das palettierte Packstück ist eine Schrumpffolie von mindestens 150 µ Stärke aufzuziehen. Die palettierten Kartons sind mit einer Holzplatte abzudecken, um stapelbar zu sein. Das Packstück ist in beiden Ebenen mit jeweils zwei Kunststoffbändern von mindestens 15 mm Breite und Kunststoffschlaufen zu sichern.

- Zwischen den Säcken und den Bändern ist ein Schutz aus Karton oder Holz einzuschieben.
- (11) Lieferung in Containern von 20 Fuß : Bedingungen FCL/FCL. Der Lieferant übernimmt die Kosten für das Verbringen frei Terminal im Verladehafen, gestapelt. Der Empfänger übernimmt die folgenden Kosten, auch die für den Abtransport der Container vom Terminal. Artikel 13 Absatz 2 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 ist nicht anwendbar.

Der Zuschlagsempfänger muß dem Empfänger eine vollständige Ladeliste eines jeden Containers übermitteln, in der die Anzahl der Säcke aufgeführt ist, die zu jeder in der Ausschreibungsbekanntmachung aufgeführten Verladenummer gehören.

Der Zuschlagsempfänger muß jeden Container mit einer nummerierten Plombe verschließen (SYSKO locktainer 180 seal), deren Nummer dem Spediteur des Begünstigten mitgeteilt wird.

- (¹²) In Containern von 20 Fuß zu liefern. Partie E : Als vereinbarte Versandbedingungen gelten die Liner-Bedingungen (Liner in/Liner out) frei Löschhafen, Containerabstellfläche für 15 Tage (Samstage, Sonntage, gesetzliche und kirchliche Feiertage ausgenommen) beginnend mit dem Tag/Zeitpunkt der Ankunft des Schiffes, frei von Gebühren für Rückgabe von Containern im Löschhafen. Auf die 15-Tage-Frist ist im Konnossement hinzuweisen. Gebühren, die für eine verzögerte Rückgabe über die erwähnten 15 Tage hinaus bona fide erhoben werden, übernimmt die UNRWA. Die UNRWA kommt nicht für Containerhinterlegungsgebühren auf.

Nach Übernahme der Waren auf der Lieferstufe übernimmt der Begünstigte alle Kosten für den Abtransport der Container auf ein Entladegelande außerhalb des Hafengebiets sowie für deren Rückbeförderung in die Container-Abstellfläche.

Ashdod : Für die Lieferung sind 20-Fuß-Container zu einem Nettoinhalt von jeweils höchstens 17 Tonnen zu beladen.

- (¹³) Der Lieferant sendet ein Duplikat der Originalrechnung an : Willis Corroon Scheuer, PO Box 1315, NL-1000 BH Amsterdam.

ANEXO II — BILAG II — ANHANG II — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ ΙΙ — ANNEX II — ANNEXE II — ALLEGATO II — BIJLAGE II —
ANEXO II — LIITE II — BILAGA II

Lote	Cantidad total (en toneladas)	Cantidades parciales (en toneladas)	Acción nº	Pais de destino	Lengua que se debe utilizar en la rotulación
Parti	Totalmængde (tons)	Delmængde (tons)	Aktion nr.	Bestemmelsesland	Mærkning på følgende sprog
Partie	Gesamtmenge (in Tonnen)	Teilmengen (in Tonnen)	Maßnahme Nr.	Bestimmungsland	Kennzeichnung in folgender Sprache
Παρτίδα	Συνολική ποσότητα (σε τόνους)	Μερικές ποσότητες (σε τόνους)	Δράση αριθ.	Χώρα προορισμού	Γλώσσα που πρέπει να χρησιμοποιηθεί για τη σήμανση
Lot	Total quantity (in tonnes)	Partial quantities (in tonnes)	Operation No	Country of destination	Language to be used for the marking
Lot	Quantité totale (en tonnes)	Quantités partielles (en tonnes)	Action nº	Pays de destination	Langue à utiliser pour le marquage
Lotto	Quantità totale (in tonnellate)	Quantitativi parziali (in tonnellate)	Azione n.	Paese di destinazione	Lingua da utilizzare per la marcatura
Partij	Totale hoeveelheid (in ton)	Deelhoeveelheden (in ton)	Maatregel nr.	Land van bestemming	Taal te gebruiken voor de opschriften
Lote	Quantidade total (em toneladas)	Quantidades parciais (em toneladas)	Acção nº	Pais de destino	Língua a utilizar na rotulagem
Erä	Kokonaismäärä (tonnia)	Osittaismäärä (tonnia)	Toimi N:o	Määrämaa	Merkinnässä käytettävä kieli
Parti	Total kvantitet (ton)	Delkvantitet (ton)	Aktion nr	Bestämmelseland	Märkning på följande språk
A	90	36 18 36	576/95 (A1) 577/95 (A2) 578/95 (A3)	Madagascar Madagascar Madagascar	Français Français Français
B	850	450 400	404/95 (B1) 405/95 (B2)	Rwanda Rwanda	Français Français
C	500		608/95	Iraq	English

VERORDNUNG (EG) Nr. 248/96 DER KOMMISSION

vom 9. Februar 1996

betreffend die Erteilung von Einfuhrlizenzen für frisches, gekühltes oder gefrorenes hochwertiges Rindfleisch

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1203/95 der
Kommission vom 29. Mai 1995 zur Eröffnung und
Verwaltung von Zollkontingenten für hochwertiges
frisches, gekühltes oder gefrorenes Rindfleisch und gefro-
renes Büffelfleisch für den Zeitraum vom 1. Juli 1995 bis
zum 30. Juni 1996⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 5 Absatz
3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Verordnung (EG) Nr. 1203/95 sieht in den Artikeln 4
und 5 die Bedingungen für Anträge auf und die Erteilung
von Einfuhrlizenzen für das in Artikel 2 Buchstabe e)
genannte Fleisch vor.

Die Verordnung (EG) Nr. 1203/95 hat in Artikel 2
Buchstabe e) die Menge frischen, gekühlten oder gefro-
renen hochwertigen Rindfleischs mit Ursprung in und
Herkunft aus den Vereinigten Staaten von Amerika und
Kanada, die im Zeitraum vom 1. Juli 1995 bis zum 30.
Juni 1996 unter besonderen Bedingungen eingeführt
werden kann, auf 10 000 Tonnen festgesetzt.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. Februar 1996

Es ist darauf hinzuweisen, daß die in dieser Verordnung
vorgesehenen Lizenzen während ihrer gesamten Gültig-
keitsdauer nur unter Berücksichtigung der tierseuchen-
rechtlichen Regelungen verwendet werden können —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Jedem vom 1. bis 5. Februar 1996 eingereichten
Einfuhrlizenzantrag für frisches, gekühltes oder gefrorenes
hochwertiges Rindfleisch gemäß Artikel 2 Buchstabe e)
der Verordnung (EG) Nr. 1203/95 wird vollständig stattge-
geben.

(2) Anträge auf Lizenzen können gemäß Artikel 5 der
Verordnung (EG) Nr. 1203/95 in den ersten fünf Tagen
des Monats März 1996 für 2 424 Tonnen gestellt werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 10. Februar 1996 in Kraft.

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 119 vom 30. 5. 1995, S. 13.

VERORDNUNG (EG) Nr. 249/96 DER KOMMISSION
vom 9. Februar 1996
mit Sondermaßnahmen zur Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2722/95 im
Sektor Schweinefleisch

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3444/90 der
Kommission vom 27. November 1990 mit Durchfüh-
rungsbestimmungen betreffend die Gewährung von
Beihilfen für die private Lagerhaltung von Schweine-
fleisch ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr.
3533/93 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 11 Buchstabe b),

in Erwägung nachstehender Gründe :

Eine Überprüfung der sich ergebenden Lage hat gezeigt,
daß eine übermäßige Inanspruchnahme der mit der
Verordnung (EG) Nr. 2722/95 der Kommission ⁽³⁾ einge-
führten Lagerbeihilfenregelung Risiken beinhaltet. Es
empfiehlt sich deshalb, die Anwendung der genannten

Verordnung auszusetzen und den unerledigten Anträgen
nicht stattzugeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

- (1) Die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2722/95
wird vom 10. bis 16. Februar 1996 ausgesetzt.
- (2) Die am 9. Februar 1996 gestellten, in diesem Zeit-
raum gegebenenfalls zu genehmigenden Anträge werden
abgelehnt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 10. Februar 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. Februar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 333 vom 30. 11. 1990, S. 2.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 321 vom 23. 12. 1993, S. 9.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 283 vom 25. 11. 1995, S. 9.

VERORDNUNG (EG) Nr. 250/96 DER KOMMISSION**vom 9. Februar 1996****zur Ablehnung von Anträgen auf Erteilung von Lizenzen für die Ausfuhr von Erzeugnissen des KN-Codes 1003 00 90**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1863/95⁽²⁾,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1162/95 der Kommission vom 23. Mai 1995 mit besonderen Durchführungsbestimmungen über Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen für Getreide und Reis⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2917/95⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Ausführpreise, welche die für Gerste gestellten Lizenzanträge betreffen, sind spekulativer Art. Es sollten

deshalb alle Anträge abgelehnt werden, die am 7., 8. und 9. Februar 1996 eingereicht wurden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Gemäß Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1162/95 wird die am 7., 8. und 9. Februar 1996 beantragte Erteilung von Lizenzen für die Ausfuhr von Erzeugnissen des KN-Codes 1003 00 90 abgelehnt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 10. Februar 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. Februar 1996

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.⁽²⁾ ABl. Nr. L 179 vom 29. 7. 1995, S. 1.⁽³⁾ ABl. Nr. L 117 vom 24. 5. 1995, S. 2.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 305 vom 19. 12. 1995, S. 53.

VERORDNUNG (EG) Nr. 251/96 DER KOMMISSION

vom 9. Februar 1996

zur vorläufigen Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 1445/95 mit Durchführungsvorschriften für Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen für Rindfleisch

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates
vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Rindfleisch ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 2417/95 der Kommission ⁽²⁾, insbesondere
auf die Artikel 9, 13 und 25,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Erteilung von Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen für
Rindfleisch ist geregelt durch die Verordnung (EG) Nr.
1445/95 der Kommission ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EG) Nr. 2856/95 ⁽⁴⁾.Zur Gewährleistung einer guten Marktverwaltung sollte
die Gültigkeitsdauer der mit Vorausfestsetzung der Erstat-
tung erteilten Ausfuhrlicenzen vorläufig verkürzt werden.
Von Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1445/95
ist deshalb abzuweichen.Die vorliegende Verordnung sollte angesichts der Dring-
lichkeit der genannten Maßnahme schnellstmöglich
angewendet werden.Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Rindfleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Abweichend von Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung (EG)
Nr. 1445/95 gelten die Ausfuhrlicenzen außer denen für
Tiere des KN-Codes 0102 ab dem Tag ihrer tatsächlichen
Erteilung bis Ende des folgenden Monats.*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentli-
chung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*
in Kraft.Sie gilt ab ihrem Inkrafttreten bis 31. März 1996 für die
mit Vorausfestsetzung der Erstattung erteilten Ausfuhrli-
zenzen.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. Februar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24.⁽²⁾ ABl. Nr. L 248 vom 14. 10. 1995, S. 39.⁽³⁾ ABl. Nr. L 143 vom 27. 6. 1995, S. 35.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 299 vom 12. 12. 1995, S. 10.

VERORDNUNG (EG) Nr. 252/96 DER KOMMISSION
vom 9. Februar 1996
zur vorläufigen Änderung der Ausfuhrerstattungen im Rindfleischsektor

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates
vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Rindfleisch ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 2417/95 der Kommission ⁽²⁾, insbesondere
auf Artikel 13,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die im Rindfleischsektor geltenden Ausfuhrerstattungen
wurden durch die Verordnung (EG) Nr. 2854/95 der
Kommission ⁽³⁾ festgesetzt.

Die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2854/95 auf
die der Kommission vorliegenden Angaben hat zur Folge,
daß für die im Anhang derselben Verordnung ange-
führten Erzeugnisse vorläufig die ebenda festgesetzten
Ausfuhrerstattungen zu gewähren sind. Sollten sich die
genannten Angaben jedoch ändern, müßten diese
Ausfuhrerstattungen erneut geändert werden.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Rindfleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die in Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68
genannten und durch die Verordnung (EG) Nr. 2854/95
festgesetzten Ausfuhrerstattungen werden für die im
Anhang angeführten Erzeugnisse geändert und wie dort
angegeben festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentli-
chung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*
in Kraft.

Sie gilt vom 10. Februar 1996 bis, vorbehaltlich einer
zwischenzeitlichen Änderung, 31. März 1996.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. Februar 1996

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 248 vom 14. 10. 1995, S. 39.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 299 vom 12. 12. 1995, S. 3.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 9. Februar 1996 zur vorläufigen Änderung der Ausfuhrerstattungen im Rindfleischsektor

(ECU/100 kg)			(ECU/100 kg)		
Erzeugniscode	Bestimmung (1)	Erstattungsbetrag (2) (10)	Erzeugniscode	Bestimmung (1)	Erstattungsbetrag (2) (10)
		— Lebendgewicht —			— Nettogewicht —
0102 10 10 120	01	73,00	0201 20 20 120	02	104,50
0102 10 10 130	02	53,00		03	72,50
	03	37,50		04	36,00
	04	19,00	0201 20 30 110 (1)	02	100,50
0102 10 30 120	01	73,00		03	69,00
0102 10 30 130	02	53,00		04	34,00
	03	37,50	0201 20 30 120	02	76,00
	04	19,00		03	53,00
0102 10 90 120	01	73,00		04	26,50
0102 90 41 100	02	65,00	0201 20 50 110 (1)	02	175,50
0102 90 51 000	02	48,50		03	117,00
	03	33,50		04	58,50
	04	17,00	0201 20 50 120	02	133,00
0102 90 59 000	02	48,50		03	91,50
	03	33,50		04	45,50
	04	17,00	0201 20 50 130 (1)	02	100,50
0102 90 61 000	02	48,50		03	69,00
	03	33,50		04	34,00
	04	17,00	0201 20 50 140	02	76,00
0102 90 69 000	02	48,50		03	53,00
	03	33,50		04	26,50
	04	17,00	0201 20 90 700	02	76,00
0102 90 71 000	02	65,00		03	53,00
	03	43,00		04	26,50
	04	22,00	0201 20 30 050 (1)	05	92,00
0102 90 79 000	02	65,00	0201 30 00 100 (2)	02	244,00
	03	43,00		03	171,50
	04	22,00		04	86,00
		— Nettogewicht —		06	220,00
0201 10 00 110 (1)	02	100,50	0201 30 00 150 (6)	09	129,50
	03	69,00		10	108,50
	04	34,00		03	102,50
0201 10 00 120	02	76,00		04	51,50
	03	53,00		06	119,50
	04	26,50		07	74,00
0201 10 00 130 (1)	02	138,50	0201 30 00 190 (6)	02	105,50
	03	93,00		03	69,00
	04	46,50		04	34,50
0201 10 00 140	02	104,50		06	84,50
	03	72,50		07	74,00
	04	36,00			
0201 20 20 110 (1)	02	138,50			
	03	93,00			
	04	46,50			

<i>(ECU/100 kg)</i>			<i>(ECU/100 kg)</i>								
Erzeugniscode	Bestimmung (?)	Erstattungsbetrag ⁽⁸⁾ ⁽¹⁰⁾	Erzeugniscode	Bestimmung (?)	Erstattungsbetrag ⁽⁸⁾ ⁽¹⁰⁾						
		— Nettogewicht —			— Nettogewicht —						
0202 10 00 100	02	76,00	1602 50 10 120	02	128,50 ⁽⁹⁾						
	03	53,00		03	102,50 ⁽⁹⁾						
	04	26,50		04	102,50 ⁽⁹⁾						
0202 10 00 900	02	104,50	1602 50 10 140	02	113,50 ⁽⁹⁾						
	03	72,50		03	91,00 ⁽⁹⁾						
	04	36,00		04	91,00 ⁽⁹⁾						
0202 20 10 000	02	104,50	1602 50 10 160	02	91,00 ⁽⁹⁾						
	03	72,50		03	73,00 ⁽⁹⁾						
	04	36,00		04	73,00 ⁽⁹⁾						
0202 20 30 000	02	76,00	1602 50 10 170	02	60,50 ⁽⁹⁾						
	03	53,00		03	48,50 ⁽⁹⁾						
	04	26,50		04	48,50 ⁽⁹⁾						
0202 20 50 100	02	133,00	1602 50 10 190	02	60,50						
	03	91,50		03	48,50						
	04	45,50		04	48,50						
0202 20 50 900	02	76,00	1602 50 10 240	02	—						
	03	53,00		03	—						
	04	26,50		04	—						
0202 20 90 100	02	76,00	1602 50 10 260	02	—						
	03	53,00		03	—						
	04	26,50		04	—						
0202 30 90 100 ⁽⁴⁾	05	92,00	1602 50 10 280	02	—						
0202 30 90 400 ⁽⁶⁾	09	129,50		03	—						
	10	108,50		04	—						
0202 30 90 500 ⁽⁶⁾	03	102,50	1602 50 31 125	01	115,50 ⁽⁹⁾						
	04	51,50		1602 50 31 135	01	73,00 ⁽⁹⁾					
	06	119,50			1602 50 31 195	01	36,00				
	07	74,00				1602 50 31 325	01	103,50 ⁽⁹⁾			
	0202 30 90 900	02					105,50	1602 50 31 335	01	65,50 ⁽⁹⁾	
		03					69,00		1602 50 31 395	01	36,00
		04					34,50			1602 50 39 125	01
06		84,50	1602 50 39 135				01				73,00 ⁽⁹⁾
07		74,50		1602 50 39 195			01				36,00
0202 30 90 900	07	74,50			1602 50 39 325		01	103,50 ⁽⁹⁾			
	0206 10 95 000	02				105,50	1602 50 39 335	01	65,50 ⁽⁹⁾		
		03				69,00		1602 50 39 395	01	36,00	
		04	34,50			1602 50 39 425			01	77,50 ⁽⁹⁾	
06		84,50	1602 50 39 435	01	48,50 ⁽⁹⁾						
0206 29 91 000	02	105,50		1602 50 39 495	01		36,00				
	03	69,00			1602 50 39 505		01	36,00			
	04	34,50				1602 50 39 525	01	77,50 ⁽⁹⁾			
	06	84,50	1602 50 39 535				01	48,50 ⁽⁹⁾			
0210 20 90 100	08	87,50		1602 50 39 595			01	36,00			
	04	52,00			01		36,00				
0210 20 90 300	02	108,50									
0210 20 90 500 ⁽³⁾	02	108,50									

(ECU/100 kg)			(ECU/100 kg)		
Erzeugniscode	Bestimmung (7)	Erstattungsbetrag (8) (10)	Erzeugniscode	Bestimmung (7)	Erstattungsbetrag (8) (10)
		— Nettogewicht —			— Nettogewicht —
1602 50 39 615	01	36,00	1602 50 80 495	01	36,00
1602 50 39 625	01	16,00	1602 50 80 505	01	36,00
1602 50 39 705	01	19,00	1602 50 80 515	01	16,00
1602 50 39 805	01	—	1602 50 80 535	01	48,50 (9)
1602 50 39 905	01	—	1602 50 80 595	01	36,00
1602 50 80 135	01	73,00 (9)	1602 50 80 615	01	36,00
1602 50 80 195	01	36,00	1602 50 80 625	01	16,00
1602 50 80 335	01	65,50 (9)	1602 50 80 705	01	19,00
1602 50 80 395	01	36,00	1602 50 80 805	01	—
1602 50 80 435	01	48,50 (9)	1602 50 80 905	01	—

(1) Die Zuordnung zu dieser Unterposition ist abhängig von der Vorlage der Bescheinigung gemäß dem Anhang der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 32/82.

(2) Die Zuordnung zu dieser Unterposition ist abhängig von der Einhaltung der Bedingungen gemäß der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 1964/82.

(3) Die Erstattung für Rindfleisch in Salzlake wird für das Nettogewicht des Fleisches gewährt, abzüglich des Gewichts der Salzlake.

(4) ABl. Nr. L 336 vom 29. 12. 1979, S. 44.

(5) ABl. Nr. L 221 vom 19. 8. 1984, S. 28.

(6) Der Gehalt an magerem Rindfleisch außer Fett wird mit dem Analyseverfahren gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2429/86 der Kommission bestimmt (ABl. Nr. L 210 vom 1. 8. 1986, S. 39).

(7) Folgende Bestimmungen sind vorgesehen:

01 Drittländer,

02 Drittländer Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens, Drittländer West-, Zentral-, Ost- und Südafrikas, Gaza und Jericho, Malta, die Türkei, die Ukraine, Belarus, Moldawien, Rußland, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgistan, ausschließlich Zypern, Botsuana, Kenia, Madagaskar, Swasiland, Simbabwe und Namibia,

03 Island, Norwegen, Helgoland, die Färöer-Inseln, Andorra, Gibraltar, Vatikanstadt, die Gemeinden Livigno und Campione in Italien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro, das Territorium der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Ceuta, Melilla, Zypern, Grönland, Pakistan, Sri Lanka, Burma, Thailand, Vietnam, Indonesien, Philippinen, China, Nordkorea und Hongkong, und die Bestimmungen gemäß Artikel 34 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission,

04 die Schweiz,

05 Vereinigte Staaten von Amerika, nach den Bedingungen der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 2973/79 der Kommission,

06 Französisch-Polynesien und Neukaledonien,

07 Kanada,

08 Drittländer Nordafrikas, West-, Zentral-, Ost- und Südafrikas, ausschließlich Botsuana, Kenia, Madagaskar Swasiland, Simbabwe und Namibia,

09 Drittländer Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens, Drittländer Zentral-, Ost- und Südafrikas, Gaza und Jericho, Malta, die Türkei, die Ukraine, Belarus, Moldawien, Rußland, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgistan, ausschließlich Zypern, Botsuana, Kenia, Madagaskar, Swasiland, Simbabwe und Namibia,

10 Drittländer Westafrikas.

(8) Gemäß Artikel 7 der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 885/68 wird bei der Ausfuhr von Erzeugnissen, die aus Drittländern eingeführt und nach Drittländern wiederausgeführt werden, keine Erstattung gewährt.

(9) Die Gewährung der Erstattung setzt die Herstellung gemäß Artikel 4 der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 565/80 voraus.

(10) Die für die Ausfuhr nach der Föderativen Republik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) vorgesehenen Erstattungen dürfen nur unter Einhaltung der mit der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 990/93 und der Verordnung (EG) Nr. 2815/95 festgelegten Bedingungen gewährt werden.

NB: Die Drittländer sind diejenigen, die in der Verordnung (EG) Nr. 3478/93 der Kommission (ABl. Nr. L 317 vom 18. 12. 1993, S. 32) bestimmt sind.

Die die Erzeugnisse betreffenden Codes sowie die Verweisungen und Fußnoten sind in der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 festgelegt.

VERORDNUNG (EG) Nr. 253/96 DER KOMMISSION

vom 9. Februar 1996

zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der
Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchfüh-
rungsbestimmungen zu der Regelung der Einfuhr von
Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 2933/95 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4
Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des
Rates vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-
wendenden Umrechnungskurse ⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EG) Nr. 150/95 ⁽⁴⁾, insbesondere auf
Artikel 3 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen
Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der

Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der
pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien
sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in
ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume
festgelegt.

In Anwendung der genannten Kriterien sind die im
Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen
pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94
genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle
im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 10. Februar 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. Februar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 307 vom 20. 12. 1995, S. 21.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 9. Februar 1996 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

(ECU/100 kg)			(ECU/100 kg)			
KN-Code	Drittland-Code (*)	Pauschaler Einfuhrpreis	KN-Code	Drittland-Code (*)	Pauschaler Einfuhrpreis	
0702 00 15	052	59,6	0805 20 13, 0805 20 15, 0805 20 17, 0805 20 19	052	60,4	
	060	80,2		204	68,8	
	064	59,6		464	207,7	
	066	41,7		600	91,0	
	068	62,3		624	72,6	
	204	75,2		999	100,1	
	208	44,0		0805 30 20	052	60,4
	212	97,0			204	45,8
	624	140,3			388	67,5
	999	73,3			400	61,7
0707 00 10	052	118,4		512	54,8	
	053	198,9		520	66,5	
	060	61,0		524	100,8	
	066	53,8		528	87,1	
	068	132,2		600	59,7	
	204	144,3		624	48,4	
	624	174,4		999	65,3	
	999	126,1	0808 10 51, 0808 10 53, 0808 10 59	052	64,0	
0709 10 10	220	383,0		064	78,6	
0709 90 73	999	383,0		388	39,2	
	052	139,0		400	92,6	
	204	77,5		404	74,1	
	412	54,2		508	68,4	
	624	241,6		512	51,2	
	999	128,1		524	57,4	
	0805 10 01, 0805 10 05, 0805 10 09	052	47,3		528	48,0
204		41,8		624	86,5	
208		68,2		728	107,3	
212		43,4		800	78,0	
220		47,1		804	21,0	
388		40,5		999	66,6	
400		56,0	0808 20 31	052	86,3	
436		41,6		064	72,5	
448		30,3		388	104,6	
600		49,7		400	93,2	
624		60,8		512	89,7	
999		47,9		528	84,1	
0805 20 11		052		75,7	624	79,0
	204	72,6	728	115,4		
	624	79,3	800	55,8		
	999	75,9	804	112,9		
			999	89,3		

(*) Nomenklatur der Länder gemäß Verordnung (EG) Nr. 3079/94 der Kommission (ABl. Nr. L 325 vom 17. 12. 1994, S. 17). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

VERORDNUNG (EG) Nr. 254/96 DER KOMMISSION

vom 9. Februar 1996

zur Änderung der im Zuckersektor für bestimmte Erzeugnisse geltenden repräsentativen Preise und zusätzlichen EinfuhrzölleDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des
Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Markt-
organisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EG) Nr. 1101/95⁽²⁾,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1423/95 der
Kommission vom 23. Juni 1995 mit Durchführungsbe-
stimmungen zur Einfuhr von Erzeugnissen des Zucker-
sektors außer Melasse⁽³⁾, geändert durch die Verordnung
(EG) Nr. 2528/95⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 1 Absatz 2
zweiter Unterabsatz und Artikel 3 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Weißzucker, Rohzucker und
bestimmtem Sirup zu berücksichtigenden repräsentativen
Preise und zusätzlichen Einfuhrzölle wurden durch die
Verordnung (EG) Nr. 1568/95 der Kommission⁽⁵⁾, zuletztgeändert durch die Verordnung (EG) Nr. 237/96⁽⁶⁾, fest-
gesetzt.Die Anwendung der mit der Verordnung (EG)
Nr. 1423/95 erlassenen Festsetzungsbestimmungen auf
die Angaben, die der Kommission vorliegen, hat die
Änderung der geltenden Beträge gemäß dem Anhang zur
vorliegenden Verordnung zur Folge —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 der Verordnung (EG)
Nr. 1423/95 genannten Erzeugnisse anzuwendenden
repräsentativen Preise und zusätzlichen Zölle sind im
Anhang festgesetzt.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 10. Februar 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. Februar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.⁽²⁾ ABl. Nr. L 110 vom 17. 5. 1995, S. 1.⁽³⁾ ABl. Nr. L 141 vom 24. 6. 1995, S. 16.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 258 vom 28. 10. 1995, S. 50.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 150 vom 1. 7. 1995, S. 36.⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 30 vom 8. 2. 1996, S. 43.

ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 9. Februar 1996 zur Änderung der bei der Einfuhr von Weißzucker, Rohzucker und der Erzeugnisse des KN-Codes 1702 90 99 anwendbaren repräsentativen Preise und zusätzlichen Zölle

(in ECU)

KN-Code	Repräsentativer Preis je 100 kg Eigengewicht	Zusätzlicher Zoll je 100 kg Eigengewicht
1701 11 10 ⁽¹⁾	24,24	4,18
1701 11 90 ⁽¹⁾	24,24	9,41
1701 12 10 ⁽¹⁾	24,24	3,99
1701 12 90 ⁽¹⁾	24,24	8,98
1701 91 00 ⁽²⁾	30,60	9,93
1701 99 10 ⁽²⁾	30,60	5,41
1701 99 90 ⁽²⁾	30,60	5,41
1702 90 99 ⁽³⁾	0,31	0,34

⁽¹⁾ Festsetzung für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 431/68 des Rates (ABl. Nr. L 89 vom 10. 4. 1968, S. 3).

⁽²⁾ Festsetzung für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 793/72 des Rates (ABl. Nr. L 94 vom 21. 4. 1972, S. 1).

⁽³⁾ Festsetzung pro 1 % Saccharosegehalt.

VERORDNUNG (EG) Nr. 255/96 DER KOMMISSION
vom 9. Februar 1996
zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in
unverändertem Zustand

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates
vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Zucker ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EG) Nr. 1101/95 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 19 Absatz 4
zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Erstattungen, die bei der Ausfuhr von Weiß- und
Rohzucker anzuwenden sind, wurden durch die Verord-
nung (EG) Nr. 170/96 der Kommission ⁽³⁾, geändert durch
die Verordnung (EG) Nr. 223/96 ⁽⁴⁾, festgesetzt.

Die Anwendung der in der geänderten Verordnung (EG)
Nr. 170/96 enthaltenen Modalitäten auf die Angaben,
über die die Kommission gegenwärtig verfügt, führt dazu,

daß die derzeit geltenden Ausfuhrerstattungen entspre-
chend dem Anhang zu dieser Verordnung zu ändern
sind —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Erstattungen bei der Ausfuhr in unverändertem
Zustand der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a) der
Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 genannten und nicht
denaturierten Erzeugnisse, die im Anhang der geänderten
Verordnung (EG) Nr. 170/96 festgesetzt wurden, werden
wie im Anhang angegeben geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 10. Februar 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. Februar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 110 vom 17. 5. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 25 vom 1. 2. 1996, S. 5.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 30 vom 8. 2. 1996, S. 1.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 9. Februar 1996 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand

Erzeugniscode	Betrag der Erstattung ⁽¹⁾
	— in ECU/100 kg —
1701 11 90 100	37,38 ⁽¹⁾
1701 11 90 910	36,69 ⁽¹⁾
1701 11 90 950	⁽²⁾
1701 12 90 100	37,38 ⁽¹⁾
1701 12 90 910	36,69 ⁽¹⁾
1701 12 90 950	⁽²⁾
	— in ECU/1 % Saccharose × 100 kg —
1701 91 00 000	0,4064
	— in ECU/100 kg —
1701 99 10 100	40,64
1701 99 10 910	39,89
1701 99 10 950	39,89
	— in ECU/1 % Saccharose × 100 kg —
1701 99 90 100	0,4064

⁽¹⁾ Dieser Betrag gilt für Rohzucker mit einem Rendementwert von 92 v. H. Wenn der Rendementwert des ausgeführten Rohzuckers von 92 v. H. abweicht, wird der anwendbare Erstattungsbetrag gemäß den Bestimmungen von Artikel 17a Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 errechnet.

⁽²⁾ Diese Festsetzung wurde ausgesetzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 2689/85 der Kommission (ABl. Nr. L 255 vom 26. 9. 1985, S. 12), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3251/85 (ABl. Nr. L 309 vom 21. 11. 1985, S. 14).

⁽³⁾ Die für die Ausfuhr nach der Föderativen Republik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) vorgesehenen Erstattungen dürfen nur unter Einhaltung der mit der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 990/93 und der Verordnung (EG) Nr. 2815/95 festgelegten Bedingungen gewährt werden.

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

BESCHLUSS DER IM RAT VEREINIGTEN VERTRETER DER REGIERUNGEN DER MITGLIEDSTAATEN

vom 29. Januar 1996

über bestimmte Maßnahmen, die im Warenverkehr mit bestimmten, unter den EGKS-Vertrag fallenden Stahlerzeugnissen auf Kasachstan anzuwenden sind

(96/138/EGKS)

DIE IM RAT VEREINIGTEN VERTRETER DER REGIERUNGEN DER MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL —

im Einvernehmen mit der Kommission —

BESCHLIESSEN :

Artikel 1

In der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1996 ist die Einfuhr der in Anhang I aufgeführten, unter den EGKS-Vertrag fallenden Stahlerzeugnisse mit Ursprung in Kasachstan in alle Mitgliedstaaten lizenzpflichtig. Lizenzen werden nur im Rahmen der in Artikel 2 festgelegten Obergrenzen erteilt. Stahlerzeugnisse mit Ursprung in Kasachstan, für die ein oder mehrere vor dem Inkrafttreten dieses Beschlusses ausgestellte Überwachungsdokumente gelten und die bereits vor diesem Zeitpunkt nach der Gemeinschaft versandt worden waren, werden ohne das Dokument oder ohne die Lizenz zugelassen, das bzw. die für die Erzeugnisse des autonomen Kontingents erforderlich ist.

Artikel 2

Die Mengen, deren Einfuhr genehmigt wird, werden für jede Erzeugnisgruppe für die gesamte Gemeinschaft gemäß den in Anhang II genannten Kontingenten festgelegt.

Artikel 3

Die Mitgliedstaaten stellen die Lizenzen aus und unterrichten hierüber umgehend die Kommission. Die Kommission unterrichtet regelmäßig die Mitgliedstaaten über den Stand der Nutzung der Mengen.

Die Mitgliedstaaten und die Kommission stimmen sich ab, um sicherzustellen, daß diese Mengen nicht überschritten werden.

Artikel 4

Dieser Beschluß tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Er gilt ab 1. Januar 1996.

Geschehen zu Brüssel am 29. Januar 1996.

Der Präsident
S. AGNELLI

ANHANG I

LISTE DER ERZEUGNISSE

(1996)

SA Flacherzeugnisse	7209 17 90	7219 34 10	7214 20 00
	7209 18 10	7219 34 90	7214 30 00
	7209 18 91	7219 35 10	7214 91 10
<i>SA 1. Rollen (Coils)</i>	7209 18 99	7219 35 90	7214 91 90
	7209 25 00		7214 99 10
7208 10 00	7209 26 10	7225 40 80	7214 99 31
7208 25 00	7209 26 90		7214 99 39
7208 26 00	7209 27 10		7214 99 61
7208 27 00	7209 27 90		7214 99 69
7208 36 00	7209 28 10	SB Profilerzeugnisse	7214 99 80
7208 37 10	7209 28 90		7214 99 90
7208 37 90	7209 90 10	<i>SB 1. Träger</i>	
7208 38 10			7215 90 10
7208 38 90		7207 19 31	
7208 39 10	7210 11 10	7207 20 71	7216 10 00
7208 39 90	7210 12 11		7216 21 00
	7210 12 19		7216 22 00
7211 14 10	7210 20 10	7216 31 11	7216 40 10
7211 19 20	7210 30 10	7216 31 19	7216 40 90
	7210 41 10	7216 31 91	7216 50 10
7219 11 00	7210 49 10	7216 31 99	7216 50 91
7219 12 10	7210 50 10	7216 32 11	7216 50 99
7219 12 90	7210 61 10	7216 32 19	7216 99 10
7219 13 10	7210 69 10	7216 32 91	
7219 13 90	7210 70 31	7216 32 99	7218 99 20
7219 14 10	7210 70 39	7216 33 10	
7219 14 90	7210 90 31	7216 33 90	
	7210 90 33		7222 11 11
7225 19 10	7210 90 38		7222 11 19
7225 20 20		<i>SB 2. Walzdraht</i>	7222 11 21
7225 30 00			7222 11 29
	7211 14 90	7213 10 00	7222 11 91
	7211 19 90	7213 20 00	7222 11 99
<i>SA 2. Grobbleche</i>	7211 23 10	7213 91 10	7222 19 10
	7211 29 20	7213 91 20	7222 19 90
7208 40 10	7211 90 11	7213 91 41	7222 30 10
7208 51 10		7213 91 49	7222 40 10
7208 51 30		7213 91 70	7222 40 30
7208 51 50	7212 10 10	7213 91 90	
7208 51 91	7212 10 91	7213 99 10	7224 90 31
7208 51 99	7212 20 11	7213 99 90	7224 90 39
7208 52 10	7212 30 11		
7208 52 91	7212 40 10	7221 00 10	7228 10 10
7208 52 99	7212 40 91	7221 00 90	7228 10 30
7208 53 10	7212 50 31		7228 20 11
	7212 50 51	7227 10 00	7228 20 19
7211 13 00	7212 60 11	7227 20 00	7228 20 30
	7212 60 91	7227 90 10	7228 30 20
		7227 90 50	7228 30 41
		7227 90 95	7228 30 49
<i>SA 3. Sonstige Flacherzeugnisse</i>	7219 21 10		7228 30 61
	7219 21 90		7228 30 69
7208 40 90	7219 22 10	<i>SB 3. Sonstige Profilerzeugnisse</i>	7228 30 70
7208 54 10	7219 22 90		7228 30 89
7208 54 90	7219 23 00		7228 60 10
7208 90 10	7219 24 00	7207 19 11	7228 70 10
	7219 31 00	7207 19 14	7228 70 31
7209 15 00	7219 32 10	7207 19 16	7228 80 10
7209 16 10	7219 32 90	7207 20 51	7228 80 90
7209 16 90	7219 33 10	7207 20 55	
7209 17 10	7219 33 90	7207 20 57	7301 10 00

*ANHANG II***Kontingente**

Erzeugnisse der Kategorie	SA :	Insgesamt	14 656 Tonnen
— davon	SA 1 :		9 382 Tonnen
	SA 2 :		3 285 Tonnen
Erzeugnisse der Kategorie	SB :	Insgesamt	667 Tonnen

KOMMISSION

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 24. Januar 1996

über die Änderung der Liste der Normungsgremien in den Mitgliedstaaten im Anhang II der Richtlinie 83/189/EWG des Rates

(96/139/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens,

gestützt auf die Richtlinie 83/189/EWG des Rates vom 28. März 1983 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie 94/10/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 2 Absatz 4,

gestützt auf die Stellungnahme des Ständigen Ausschusses nach Artikel 5 der Richtlinie 83/189/EWG,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Durch die Entscheidung 92/400/EWG der Kommission⁽³⁾ wird die Liste der europäischen Normungsgremien im Anhang der Richtlinie 83/189/EWG durch die Aufnahme des Europäischen Instituts für Telekommunikationsnormen (ETSI) geändert.

In seiner Entschliessung vom 18. Juni 1992 zur Funktion der europäischen Normung in der europäischen Wirtschaft⁽⁴⁾ verweist der Rat auf die Bedeutung eines kohärenten europäischen Normungssystems, das von den interessierten Parteien und für sie gestaltet wird und das auf Transparenz, Offenheit, Konsens, Unabhängigkeit von Einzelinteressen, Effizienz und Beschlußfassung auf der Grundlage einzelstaatlicher Vertretung beruht.

Außerdem gibt der Rat in der genannten Entschliessung seine Absicht bekannt, zur Durchführung der Gemeinschaftspolitik auf dem Gebiet der technischen Harmonisierung den in seiner Entschliessung vom 7. Mai 1985⁽⁵⁾

vorgezeichneten Weg der neuen Konzeption weiter zu beschreiten, wo immer dies möglich ist, und unterstreicht, daß die tatsächliche Verfügbarkeit der europäischen Normen auf einzelstaatlicher Ebene durch deren systematische Übertragung in nationale Normen verbessert werden muß.

Ferner bittet er in der genannten Entschliessung die Mitgliedstaaten, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, damit ihre nationalen Normungsgremien die gemeinsamen Regeln der europäischen Normungsgremien, deren Mitglied sie sind, einhalten und sich wirksam an den europäischen Normungsarbeiten beteiligen.

Für ETSI müssen eine oder mehrere anerkannte nationale Normenorganisationen benannt werden, unter deren ausschließliche Zuständigkeit die Anforderungen an ein Stillhalten, die öffentliche Stellungnahme, die Festlegung des nationalen Standpunkts bei der Abstimmung und die einzelstaatliche Umsetzung der ETSI-Normen fallen —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Liste der Normungsgremien in den Mitgliedstaaten im Anhang II der Richtlinie 83/189/EWG wird durch die Liste im Anhang dieser Entscheidung ersetzt.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 24. Januar 1996

Für die Kommission

Martin BANGEMANN

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 109 vom 26. 4. 1983, S. 8.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 100 vom 19. 4. 1994, S. 30.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 221 vom 6. 8. 1992, S. 55.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. C 173 vom 9. 7. 1992, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. C 136 vom 4. 6. 1985, S. 1.

ANHANG

„ANHANG II

NATIONALE NORMUNGSGREMIEN

- | | |
|--|---|
| <p>1. BELGIEN</p> <p>IBN/BIN
Institut belge de normalisation
Belgisch Instituut voor Normalisatie</p> <p>CBB/BEC
Comité électrotechnique belge
Belgisch Elektrotechnisch Comité</p> <p>2. DÄNEMARK</p> <p>DS
Dansk Standard</p> <p>NTA
Telestyrelsen, National Telecom
Agency</p> <p>3. DEUTSCHLAND</p> <p>DIN
Deutsches Institut für Normung e. V.</p> <p>DKE
Deutsche Elektrotechnische Kommission im
DIN und VDE</p> <p>4. GRIECHENLAND</p> <p>EAOT
Ελληνικός Οργανισμός
Τυποποίησης</p> <p>5. SPANIEN</p> <p>AENOR
Asociación Española de Normalización y
Certificación</p> <p>6. FRANKREICH</p> <p>AFNOR
Association française de normalisation</p> <p>UTE
Union technique de l'électricité — Bureau de
normalisation auprès de l'AFNOR</p> <p>7. IRLAND</p> <p>NSAI
National Standards Authority of Ireland</p> <p>ETCI
Electrotechnical Council of Ireland</p> <p>8. ITALIEN</p> <p>UNI⁽¹⁾
Ente nazionale italiano di unificazione</p> <p>CEI⁽¹⁾
Comitato elettrotecnico italiano</p> | <p>9. LUXEMBURG</p> <p>ITM
Inspection du travail et des mines</p> <p>SEE
Service de l'énergie de l'État</p> <p>10. NIEDERLANDE</p> <p>NNI
Nederlands Normalisatie-instituut</p> <p>NEC
Nederlands Elektrotechnisch Comité</p> <p>11. ÖSTERREICH</p> <p>ON
Österreichisches Normungsinstitut</p> <p>ÖVE
Österreichischer Verband für Elektrotechnik</p> <p>12. PORTUGAL</p> <p>IPQ
Instituto Português da Qualidade</p> <p>13. VEREINIGTES KÖNIGREICH</p> <p>BSI
British Standards Institution</p> <p>BEC
British Electrotechnical Committee</p> <p>14. FINNLAND</p> <p>SFS
Suomen Standardisoimisliitto SFS ry</p> <p>THK
Telehallintokeskus</p> <p>SESKO
Suomen Sähköteknillinen
Standardisoimisyhdistys SESKO ry</p> <p>15. SCHWEDEN</p> <p>SIS
Standardiseringen i Sverige</p> <p>SEK
Svenska elektriska kommissionen</p> <p>ITS
Informationstekniska standardiseringen*</p> |
|--|---|

(1) UNI und CEI haben in Zusammenarbeit mit dem Istituto Superiore delle Poste e Telecomunicazioni und dem Ministero dell'Industria die Arbeiten im Rahmen von ETSI an CONCIT, Comitato Nazionale di Coordinamento per le Tecnologie dell'Informazione, übertragen.

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 30. Januar 1996

zur vierten Änderung der Entscheidung 95/32/EG zur Genehmigung des österreichischen Programms für die Durchführung des Artikels 138 der Akte über die Bedingungen für den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden

(Nur der deutsche Text ist verbindlich)

(96/140/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf die Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens, insbesondere auf Artikel 138,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Am 8. November 1994 notifizierte Österreich der Kommission gemäß Artikel 143 der Beitrittsakte das österreichische Programm für die in Anwendung des Artikels 138 der Beitrittsakte gewährten Beihilfen für eine Reihe von Erzeugnissen in der Zeit von 1995 bis 1999.

Dieses mit Schreiben vom 16. Dezember 1994 geänderte Programm wurde mit der Entscheidung 95/32/EG der Kommission ⁽¹⁾ genehmigt. Die genannte Entscheidung wurde durch die Entscheidungen 95/209/EG ⁽²⁾, 95/416/EG ⁽³⁾ und 96/38/EG ⁽⁴⁾ geändert.

Am 20. Oktober 1995 übermittelte Österreich der Kommission gemäß Artikel 143 der Beitrittsakte einen Antrag zur Genehmigung von Änderungen dieses Programms. Dieser Antrag wurde mit den Schreiben vom 5. Dezember 1995 und 10. Januar 1996 weiter geändert.

Der Antrag betrifft Beihilfen für Heil-, Gewürzpflanzen und andere Kleinkulturen.

Dieser Antrag betrifft Produkte, die nicht Bestandteil der Entscheidung 95/32/EG waren, die in ihrem Artikel 3 die Möglichkeit weiterer Entscheidungen zu bisher nicht

berücksichtigten Erzeugnissen offenläßt. Die Beihilfeanträge für alle diese Erzeugnisse entsprechen den Bestimmungen der Beitrittsakte und insbesondere denen des Artikels 138. Die Form der flächenbezogenen Beihilfe spiegelt die Grundsätze der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik wider und kann daher als angemessen gelten —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Der Anhang der Entscheidung 95/32/EG wird durch den Anhang der vorliegenden Entscheidung ersetzt.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Republik Österreich gerichtet.

Brüssel, den 30. Januar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 43 vom 25. 2. 1995, S. 53.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 131 vom 15. 6. 1995, S. 34.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 242 vom 11. 10. 1995, S. 21.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 10 vom 13. 1. 1996, S. 46.

ANHANG

(in ÖS)

Erzeugnis	Für die Erzeugung in den genannten Jahren zulässige Beihilfen					
	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Landwirtschaftliche Kulturpflanzen (1)	3 700/ha					
Futtergetreide	2 400/ha					
Hartweizen	6 000/ha					
Eiweißpflanzen	2 400/ha					
Öllein	6 000/ha					
Flächenstillegung :						
— normal	1 000/ha	65 % des Satzes von 1995	40 % des Satzes von 1995	15 % des Satzes von 1995	0 % des Satzes von 1995	0 % des Satzes von 1995
— nachwachsende Rohstoffe	2 000/ha					
Kuhmilch	1 070/t					
Stärkekartoffeln/Stärkeerdäpfel (2) (2) :						
— Preisklasse A1	362/t					
— Preisklasse A2	362/t					
— Preisklasse B	200/t					
Hopfen	8 500/ha					
Mastschweine	80/Tier					
Sauen	1 400/Tier					
Sauen unter Leistungsprüfung	2 500/Tier					
Jungrinder	3 000/Tier	90 % des Satzes von 1995	80 % des Satzes von 1995	70 % des Satzes von 1995	60 % des Satzes von 1995	0 % des Satzes von 1995
Masthühner	1,10/Tier	100 % des Satzes von 1995	61,5 % des Satzes von 1995	23,1 % des Satzes von 1995	0 % des Satzes von 1995	0 % des Satzes von 1995
Truthühner	5,00/Tier					
Mastküken	0,08/Tier					
Mastelertiere	2,30/Tier					
Junge Legehennen	7,50/Tier					
Ausgewachsene Legehennen	63,40/Tier					
Legeküken	2,40/Tier					
Futtersaatgut (3) :						
— Purpurklee, Rotklee	4 951/ha	80 % des Satzes von 1995	50 % des Satzes von 1995	0 % des Satzes von 1995	0 % des Satzes von 1995	0 % des Satzes von 1995
— Luzerne	6 144/ha					
— Französisches Raygras	5 481/ha					
— Goldhafer	8 500/ha					
— Wiesenfuchsschwanz	8 500/ha					
— Knaulgras	5 195/ha					
— Wiesenlieschgras (Timothe)	4 715/ha					
— Wiesenschwengel	4 924/ha					
— Italienisches Raygras	3 480/ha					
— Bastardraygras	3 192/ha					
— Phacelia	7 500/ha					
— Poa alpina	8 500/ha					

(in ÖS)

Erzeugnis	Für die Erzeugung in den genannten Jahren zulässige Beihilfen					
	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Anderes Saatgut :						
— großkörnige Leguminosensamen (*)	6 000/ha	65 % des Satzes von 1995	40 % des Satzes von 1995	15 % des Satzes von 1995	0 % des Satzes von 1995	0 % des Satzes von 1995
— Futterraps	6 500/ha					
— Blumensamen	6 000/ha					
Heil-, Gewürzpflanzen und andere Kleinkulturen (*)	6 000/ha					
Ölkürbis :						
— beschalt	6 000/ha	}				
— unbeschalt	4 700/ha					
Verarbeitungsgemüse	13 200/ha (*)	} Beihilfesätze für die Jahre 1996 bis 1999 werden zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt				0 % des Satzes von 1995
Frischgemüse :						
— im Freiland	35 400/ha (*)					
— Glas- oder Folienhaus :						
— hohe Intensität	480 000/ha (*)					
— geringe Intensität	142 000/ha (*)					
Kernobst	25 900/ha (*)					
Übriges Obst	31 000/ha (*)					

(*) Ohne Futtergetreide, Hartweizen, Eiweißpflanzen, Öllein, Stärkekartoffeln, alle Saatkulturen, Heilpflanzen, Gewürzpflanzen, andere Kleinkulturen und alle Obst- und Gemüsearten.

(*) Österreichischer Ausdruck gemäß Protokoll Nr. 10 zur Beitrittsakte 1994.

(*) Bezogen auf einen Stärkegehalt von 18 %.

(*) Österreich wird die nötigen Maßnahmen treffen, damit im Jahresdurchschnitt die beihilfefähigen Saatgutmengen bei den einzelnen Sorten nicht über den Mengen normaler Erntejahre vor dem Beitritt liegen.

(*) Außer Leguminosen, die bereits im Rahmen der Verordnungen (EWG) Nr. 1765/92 und (EWG) Nr. 762/85 förderfähig sind.

(*) Betrifft nur solche Kulturen, die 1994 mit einer Hektarprämie von wenigstens 6 000 ÖS gefördert werden konnten. Es darf jedoch keine Beihilfe für gestreiftsamige Sonnenblumen gewährt werden.

(*) Gewogener Durchschnittswert: Die Beihilfesätze für die einzelnen Erzeugnisse werden so festgesetzt, daß sich dieser Wert ergibt. Dabei haben die österreichischen Behörden sicherzustellen, daß sich für keines dieser Erzeugnisse eine Beihilfenhöhe ergibt, die die seit 1994 erlittenen Einbußen im Stützungs niveau übersteigt.

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 31. Januar 1996

zur Änderung der Entscheidung 95/296/EG über Schutzmaßnahmen gegen die Klassische Schweinepest in Deutschland und zur Aufhebung der Entscheidung 94/462/EG

(Text von Bedeutung für den EWR)

(96/141/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 90/425/EWG des Rates vom
26. Juni 1990 zur Regelung der veterinärrechtlichen und
tierzüchterischen Kontrollen im innergemeinschaftlichen
Handel mit lebenden Tieren und Erzeugnissen im
Hinblick auf den Binnenmarkt⁽¹⁾, zuletzt geändert durch
die Richtlinie 92/118/EWG⁽²⁾, insbesondere auf Artikel
10 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Aufgrund einiger Ausbrüche der Klassischen Schweinepest in verschiedenen Teilen Deutschlands erließ die Kommission die Entscheidung 95/296/EG⁽³⁾ über Schutzmaßnahmen gegen die Klassische Schweinepest in Deutschland und zur Aufhebung der Entscheidung 94/462/EG.

Diese Entscheidung enthält die Bedingungen für die Kontrollen der Verbringung von Hausschweinen aus bestimmten Gebieten.

Seit ungefähr zwölf Monaten konnte das Virus der Klassischen Schweinepest bei Wildschweinen, die in bestimmten Gebieten von Rheinland-Pfalz und Niedersachsen verendet aufgefunden oder erlegt wurden, nicht mehr isoliert oder nachgewiesen werden.

Angesichts der verbesserten Seuchenlage können bestimmte Maßnahmen zur Kontrolle der Verbringung von Hausschweinen aus diesen Gebieten nun aufgehoben werden.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Veterinärausschusses —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Anhang I der Entscheidung 95/296/EG erhält folgende Fassung :

„ANHANG I

- In Mecklenburg-Vorpommern die Kreise Parchim, Mecklenburg-Strelitz, Bad Doberan, Güstrow, Müritz, Demmin, Ostvorpommern, Nordvorpommern ; die Stadtkreise Greifswald, Stralsund und Rostock.
- In Niedersachsen die Kreise Vechta, Osnabrück (Stadt und Land), Diepholz, Oldenburg und Cloppenburg.
- Jeder Kreis, in dem die Seuche außerhalb der obengenannten Gebiete ausbricht. Die Maßnahmen gemäß Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 2 gelten für einen Zeitraum von 60 Tagen nach dem letzten Ausbruch im fraglichen Kreis. Deutschland unterrichtet die Mitgliedstaaten und die Kommission über die getroffenen und aufgehobenen Maßnahmen.“

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 31. Januar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 29.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 62 vom 15. 3. 1993, S. 49.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 182 vom 2. 8. 1995, S. 33.